

Foto: Vera Henkler / apabiz

## Neutral bekommt ihr nicht

Initiativen widersprechen rechten Diskursstrategien

**Mit dem Vorwurf, sich nicht »neutral genug« zu verhalten, zieht die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND immer häufiger gegen Projekte in Berlin und anderswo zu Felde. Unsere Gastautorin plädiert für mehr klare Haltung und deutlichere Unterstützung der angegriffenen Projekte.**

*Von Annika Eckel (Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke)*

» In unserem Land ist kein Platz für Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Extremismus, Homophobie, Diskriminierung und Intoleranz. Ihnen treten wir klar und entschieden entgegen – mit Worten und Taten.« So lautet ein Auszug aus einer Resolution der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Mitte, mit der im Oktober 2018 die Menschen aufgerufen wurden, zur #unteilbar-Demonstration zu gehen. Nun soll diese Erklärung rechtlich ungültig sein. Auf eine Beschwerde der AfD hin befand das bezirkliche Rechtsamt Anfang 2019, die Erklärung verstoße gegen das Bezirksverwaltungsgesetz, wonach sich die BVV nicht zu allgemeinen politischen Themen äußern dürfe. Dass Rassismus, Antisemitismus etc. keine »Sachverhalte mit Bezirksbezug« seien, irritiert nicht nur Bezirksverordnete in Mitte.

Deutlich wird an dem Vorgang eine wesentliche Strategie der AfD: Vorschriften oder Verordnungen werden äußerst restriktiv interpretiert oder im eigenen Sinne ausgelegt, das politische Mandat wird mit

dem Ziel benutzt, politische Gegner\*innen mundtot zu machen und die alleinige Definitionsmacht über Begriffe wie Neutralität, Demokratie oder ‚Volkswille‘ zu erlangen.

Dass demokratische Abläufe rechtlich geregelt sind und dass man sich auf diese Regeln beruft, ist selbstverständlich. Problematisch ist aber das rechtspopulistische Demokratieverständnis, das dahinter steckt. Grob vereinfacht steht die Demokratie auf zwei Säulen: Die der Volkssouveränität oder Volksherrschaft und der Verfassungssäule. Letztere schränkt die Herrschaft des Volkes zugunsten von Minderheitenschutz und Pluralismus ein – der Kern einer demokratischen Kultur. Indem Rechtspopulist\*innen europaweit nur die Säule der unbedingten Volksherrschaft adressieren, sind sie bereits im Wesen ausgrenzend und antipluralistisch.

Andere Rahmen für das Handeln staatlicher und nicht-staatlicher Akteure in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen werden beispielsweise gesetzt durch den Beutelsbacher Konsens, durch das

Indoktrinationsverbot an Schulen, die Berufsethik für Soziale Arbeit oder die Chancengleichheit der Parteien. Zugleich wird damit ein klarer Auftrag vermittelt. So legt das Berliner Schulgesetz in §3 Abs. 3 fest, »Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen, zum friedlichen Zusammenleben der Kulturen durch die Entwicklung von interkultureller Kompetenz beizutragen und für das Lebensrecht und die Würde aller Menschen einzutreten«. Etwas spezifischer formulieren es die Leitlinien des Bundesprogramms »Demokratie leben!«, aus dem einige Projekte, die aktuell von der AfD angegriffen werden, finanziert werden: »Vereine, Projekte und Initiativen werden unterstützt, die (...) insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus und Antisemitismus arbeiten.« Die Projekte sollen »eine wirksame Arbeit gegen [eine] demokratiegefährdende gesellschaftliche Entwicklung« leisten. Dass dazu eben auch gehört, auf rassistische, geschichtsrevisionsistische und antimuslimische Weltbilder in Parteien hinzuweisen, passt der AfD wiederum überhaupt nicht.

## Demokratisch bedeutet nicht neutral

Das Neutralitätsgebot legt die Pflicht der Staatsorgane und ihrer Vertreter\*innen zur parteipolitischen Neutralität fest. Regierungsmitgliedern und Minister\*innen ist es beispielsweise verwehrt, im Vorfeld von Wahlen in ihrer amtlichen Funktion für eine bestimmte Partei einzutreten. Der Wettbewerb der Parteien soll nicht aus einer so machtvollen Position heraus beeinflusst werden. Diese Neutralitätspflicht versucht die AfD jedoch auf zahlreiche gesellschaftliche Bereiche wie Schulen, staatliche geförderte Projekte oder Theater auszudehnen. In einem BVV-Antrag der AfD in Lichtenberg im November 2017 wird gefordert, der Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke die Koordination des bezirklichen Runden Tisches für politische Bildung wieder abzunehmen und

stattdessen eine »unabhängige neutrale Institution« auszuwählen. Begründet wird der Antrag damit, dass das Team von Licht-Blicke »deutlich erkennen [lasse, A.E.], welcher politischen Couleur es angehört.« Den Hinweis auf das Ziel des Projektes, »extrem rechten und rassistischen Erscheinungsformen entgegen zu treten«, deutet die AfD dahingehend, dass der politische Ansatz nicht neutral sei.<sup>1</sup>

Die AfD sieht sich scheinbar im Wettbewerb der Parteien benachteiligt, wenn antifaschistische und antirassistische Projekte oder Lehrer\*innen gegen ihre Inhalte argumentieren. Die Neutralitätspflicht wird dahingehend interpretiert als beinhalte sie einen Verzicht auf eigene Werte und Stellungnahmen. Demokratische Diskurse sind aber ohne persönliche Haltungen, ohne Kontroverse nicht denkbar. Das Grundgesetz spricht sich, im Sinne eines Gegenwurfs zum Nationalsozialismus, für eine streitbare Demokratie aus. Neben dem freien Meinungs austausch leitet sich daraus auch eine Pflicht ab, für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzutreten sowie extrem rechten und rassistischen Umtrieben entgegen zu treten. Bürger\*innen, egal wo sie angestellt sind, müssen rechtspopulistischen und diskriminierenden Bestrebungen also nicht tatenlos zusehen.

Perfide ist, dass die AfD bei ihrem Verständnis der Neutralitätspflicht die Begriffe neutral und demokratisch gleichsetzt. Wer sich nicht neutral verhalte und alle Parteien und ihre Inhalte gleichermaßen

“ Demokratische Diskurse sind aber ohne persönliche Haltungen, ohne Kontroverse nicht denkbar. ”

zulasse, sei antidemokratisch. Das führt zu Verunsicherungen bis auf die lokalen Ebenen der Gesellschaft. Ist der Stadtteilverein antidemokratisch, wenn die AfD auf seinem Fest keinen Stand machen darf? Ist es das Jugendforum, wenn es keine Vertreter\*in der AfD auf das Podium setzt? Nein, das sind sie nicht. Sie haben alles Recht dazu, diesen Leuten und ihren menschenverachtenden Inhalten kein Podium

zu geben. Und die meisten tun das auch mit inhaltlich guten Stellungnahmen. Nach mehreren Diskussionsrunden schrieb beispielsweise das Berliner Jugendforum 2018, warum es die AfD nicht einlädt: »Diese Erfahrung von Demokratie ist nur in geschützten Räumen möglich, in denen die demokratische Werteordnung uneingeschränkt gilt. Anderenfalls ist es für die Community und die Veranstalterin des #jufo18 (...) nicht möglich eigenverantwortliches Handeln im Rahmen der Grundwerte und Grundrechte zu vermitteln.« Wohl wissend, wie die Reaktion der AfD ausfallen wird, heißt es weiter: »Es ist absehbar, dass sich Vertreter\*innen der AfD als Opfer inszenieren werden, um den Mythos der Diskriminierten aufrechtzuerhalten. Dieses Vorgehen lässt am Interesse eines inhaltlichen Austausches zweifeln.«<sup>2</sup>

Einen Ausschluss inhaltlich zu begründen ist eine Selbstverständlichkeit in demokratischen Diskursen. Der Wind hat sich aber gedreht: Rechtfertigen müssen sich immer seltener die Akteure, die mit ihren geschichtsrevisionsistischen oder rassistischen Inhalten selbst das demokratische Spielfeld verlassen, sondern jene, die sich im Sinne einer menschenrechtsorientierten Kultur auf die Grenzen berufen. Viele Initiativen mussten in letzter Zeit die Erfahrung machen, dass es mal einen Shitstorm auf facebook hagelt, mal die AfD eine Anfrage zur Finanzierung des Vereins in der BVV stellt inklusive einer Diffamierung als vermeintlich »linksextrem« oder weitere Einschüchterungsversuche folgen.

Diesem Erklärungsdruck gerade auch in der Öffentlichkeit standzuhalten fällt kleinen Trägern oder Initiativen nicht leicht. Erst recht, wenn man die eigene wertvolle Arbeit dabei nicht

aus dem Blick verlieren will. Die AfD hat in Berlin auf Landes- und Bezirksebene in der letzten Zeit immer wieder Projekte wie die Berliner Register, das apabiz, die MBR Berlin oder den Jugendclub JUP in Pankow ins Visier genommen und Anfragen zu Mitarbeiter\*innen, Finanzierungs- oder Arbeitsweisen gestellt. Die betroffenen Träger haben diese Strategie richtig verstanden. Sie sehen darin »nicht die Forde-

nung nach Transparenz. Vielmehr stellt sie den Versuch dar, unsere Arbeit zu delegitimieren.«<sup>3</sup> Sie schreiben in ihrer Berliner Erklärung dazu: »Mit Sorge schauen wir auf die Diskursverschiebung nach rechts: Die Grenzen des Sagbaren im öffentlichen Raum haben sich verschoben und gesellschaftliche Fragestellungen werden unter den Bedingungen rechtspopulistischer Stichwortgeber\*innen verhandelt.« Welche diskursiven Folgen das bereits hat, wird nicht zuletzt deutlich, wenn in Fortbildungen die Frage aufkommt, wie man denn gegen die AfD argumentieren könne ohne in den Verdacht zu geraten links zu sein?

## Rechter Kulturkampf

Die Debatte um die Neutralitätspflicht ist eine von vielen Diskursstrategien rechter Akteure. Sie verbindet sich nahezu fließend mit jenen um Meinungsfreiheit und einer behaupteten linken Hegemonie der Political Correctness (PC). Diese Diskursstrategien sind nicht neu. Dass sie funktionieren, liegt nicht nur am vermeintlich strategischen Können der Rechten, sondern an der politischen Normalisierung von völkischem Denken, Leitkultur und Heimatliebe in Deutschland. Nur mit dieser lässt sich erklären, warum einige glauben, die »Rückgewinnung« von AfD-Wähler\*innen gelänge durch die Übernahme von nationalistischen, rassistischen und sexistischen Inhalten. Die Reproduktion des ausschließenden Leitkulturgedankens scheint näher zu liegen als die Erarbeitung von politischen Konzepten, die der Vielfalt der Gesellschaft gerecht werden. Wenn Politiker\*innen und zivilgesellschaftliche Akteure der rechtspopulistischen Stimmungsmache nicht mit einem deutlich progressiven Gegenentwurf begegnen, wird der durch rechte Tabubrüche erkämpfte Diskursraum immer als Einladung verstanden werden: Kommt mit euren (extrem) rechten Weltbildern in unsere Mitte. Für die Rechten waren Diskussionen um eine politisch korrekte Sprache, die Reprä-

sentanz von gesellschaftlichen Minderheiten und die Rechte von Frauen oder

“ Versteht man die Debatte um das Neutralitätsgebot als einen Teil rechtspopulistischer Diskursstrategien, wird klar, dass man sie nicht allein mit juristischen Auseinandersetzungen gewinnen können. ”

LGBTIQ\*-Menschen schon immer Angriffspunkte auf die Demokratie. Ihre Argumentation verbinden sie mit einer bestimmten Auffassung von Meinungsfreiheit. So dürfe man angeblich bestimmte Dinge wegen der »PC-Diktatur« nicht mehr äußern. Darauf aufbauend werden dann faktenfreie Emotionen von der ewig unterdrückten weißen Mehrheit geschürt. Exemplarisch ist die Adventskampagne der Berliner AfD #JaZu-WeißenMännern mit kurzen Porträts weißer Männer. Man wolle, so der Berliner AfD-Vorsitzende GEORG PAZDERSKI, damit »einer längst aus den Fugen geratenen Genderkampagne«, aber vor allem der »bei Grünen und Linken grassierende[n] Diskriminierung von weißen Männern«<sup>4</sup> etwas entgegensetzen. Der Resonanzraum für diese Inszenierung als bedrohte Mehrheit ist in den letzten Jahren in Europa stetig gestiegen.

Es geht auf der einen Seite um nichts weniger als um einen Kulturkampf, um einen Angriff auf die diverse Gesellschaft. Auf der anderen Seite brauchen wir aber einen realistischen Blick darauf, was eigentlich das wirkliche Potential der Rechten ist. In diesem Spannungsverhältnis geht es um die Frage von adäquaten und wirksamen Gegenstrategien, um Solidarität und die Definition demokratischer Werte im Alltag.

## Stabil bleiben

Versteht man die Debatte um das Neutralitätsgebot als einen Teil rechtspopulistischer Diskursstrategien, wird klar, dass man sie nicht mit Rechtsgutachten oder juristischen Auseinandersetzungen (allein)

wird gewinnen können. Die bisherigen Rechtsgutachten verweisen darauf, dass aus einer staatlichen Finanzierung von Projekten und Vereinen nicht unmittelbar eine Neutralitätspflicht für diese abgeleitet werden kann. Auch stünden Träger, die staatlich finanzierte Projekte durchführen, eben nicht im Wettbewerb mit anderen Parteien, weswegen eine dogmatische Konstruktion der Neutralitätspflicht immer abzuwägen sei mit dem Recht auf Meinungsfreiheit und der Frage, ob die Projekte überhaupt in der Lage seien in den Wettstreit der Parteien erheblich einzugreifen. Jeder Einzelfall müsse geprüft werden.

Aufgrund der Förderleitlinien und des Selbstverständnisses haben gerade Projekte im Bereich der Demokratieentwicklung, der Antirassismusbildung und der Rechtsextremismusprävention die Pflicht nicht neutral zu sein, sondern grundgesetzwidrige und demokratiegefährdende Entwicklungen anzusprechen. Dieser prüfende Blick richtet sich mitnichten nur auf die AfD. Die politische Bildungsarbeit und das antifaschistische Engagement dieser Projekte fokussiert sich seit vielen Jahren auf alle Orte in gesellschaftlichen Diskursen und Räumen, wo Menschen, zum Teil gewalttätig, Gleichwertigkeit abgesprochen wird. Der Schutz vor Rassismus und der Erhalt von demokratischen Standards sollte keine Frage der politischen Haltung sein, sondern eine Selbstverständlichkeit für Engagierte aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Für Akteur\*innen aus den letzten beiden Bereichen muss das auch heißen, den Projekten und NGOs, die sie seit Jahren genau in diesem Sinne fördern, unermüdlich den Rücken zu stärken. Die gewachsene Landschaft von staatlich geförderten und antifaschistischen oder antirassistischen Projekten muss gerade jetzt gestärkt werden. •

<sup>1</sup> Drucksache DS/0491/VIII; BWV Lichtenberg <sup>2</sup> <https://jugendforum.berlin/info/afd-jufo> <sup>3</sup> Berliner Trägererklärung »Für Menschenrechte und eine demokratische Kultur« <sup>4</sup> <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article185133568/AfD-Aktion-Ja-zu-weißen-Maennern-eine-einfaltige-Aktion.html>





Die Ausstellung an ihrem ersten Ort in der Zionskirche. Foto: Maja Wypychowska

## »Immer wieder?« Bühne frei für unsere neue Ausstellung

Am 29. März eröffneten wir gemeinsam mit dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. unsere Ausstellung »Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945«. Die zehn Stationen der Ausstellung dokumentieren anhand von verschiedenen Ereignissen der letzten Jahrzehnte unterschiedliche Aktionsfelder der extremen Rechten sowie Formen des gesellschaftlichen Widerspruchs. Eine Station widmet sich dem Neonazismus in Ost-Berlin.

Von Vera Henßler

Die Ost-Berliner Zionskirche ist gut besucht an diesem Herbstabend im Oktober 1987. »Aus lauter Langeweile«, wie es auf dem handgemalten Konzertplakat heißt, haben alternative Jugendliche ein Konzert in der Kirche organisiert. Es spielen die West-Berliner Band »Element of Crime« und die Ost-Berliner Punkband »Die Firma«. Weit über tausend Menschen kommen, selbst auf dem Altar drängeln sich die Leute. Doch der Abend wird vielen nicht nur wegen des Konzerts in Erinnerung bleiben. Als er die Kirche verließ, sei draußen bereits eine Schlägerei im Gange gewesen, berichtet ein Augenzeuge einige Wochen später vor dem Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte. Eine Gruppe von 30 Neonazis sei immer wieder auf Konzertbesucher\*innen losgegangen, Flüchtende wurden verfolgt. Auch das

Horst-Wessel-Lied wurde angestimmt. Auf Nachfrage des Richters zitiert der Zeuge textsicher die erste Strophe.

Der Überfall vom 17. Oktober 1987, über den bereits am nächsten Morgen der West-Berliner Radiosender RIAS berichtete, war eine Zäsur im Umgang mit der extremen Rechten in der DDR. Das Selbstverständnis als antifaschistischer Staat stand einer offenen Auseinandersetzung mit den immer offensiver auftretenden Neonazis lange im Weg. Zwar beobachtete das Ministerium für Staatsicherheit (MfS) auch die Aktivitäten rechter »Skinheads«, die dem Staat neben »Punks«, »Gruffies«, »Poppern« oder »Heavy's« als »negativdekadente Jugendliche« galten. Eine öffentliche Erwähnung oder gar Auseinandersetzung mit extrem rechten Erscheinungsformen in der DDR gab es bis dato jedoch nicht. Das änderte sich allmählich

nach dem Überfall auf das Konzert, bei dem mehrere Menschen verletzt wurden. Die rechten Aktivitäten rückten nun in den Fokus der Justiz. Allein in der Hauptstadt der DDR wurden im IV. Quartal 1987 22 Verfahren gegen 58 Täter wegen »politisch akzentuiertem Rowdytum« eingeleitet, wobei »Skinheads« als »neue Erscheinung« besondere Beachtung fanden.<sup>1</sup> Interessant ist eine Einschätzung, die sich in diesem Zeitraum ebenfalls in der Akte der Generalstaatsanwaltschaft finden lässt: »Durch fehlenden ernsthaften gesellschaftlichen Widerstand gegen diese Erscheinung wurden Täter in ihrem Auftreten bestärkt.«

Im Vorfeld des ersten Gerichtsprozesses gegen vier der rund 30 Angreifer im November und Dezember 1987 stimmte sich die Generalstaatsanwaltschaft mit der SED darüber ab, welcher Zuschauer-

kreis vorgesehen ist, darunter der Zentralrat der FDJ, »acht Genossen« der Bezirksverwaltung des MfS und »ein Vertreter der Jungen Welt zur Berichterstattung«.<sup>2</sup> Einem Aktenhinweis der Generalstaatsanwaltschaft ist zu entnehmen: »Radio DDR hat HV aufgenommen.« Dieser Audiomittelschnitt von der Hauptverhandlung, zwölf mittlerweile digitalisierte 90-Minuten-Kassetten, kann im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft angehört werden. Darin wird deutlich, wie die Atmosphäre in diesem Herbst 1987 gewesen ist: Die Angst der Zeug\*innen, den Tätern auf der Straße erneut zu begegnen (mehrere beantragen den Ausschluss der Angeklagten bei der Vernehmung), die Empörung des Richters über die neonazistischen Parolen, die hohe Relevanz, die der Richter den Äußerlichkeiten der Angeklagten beimisst (»Wie nennt man diese Jeanshosen? Marmor-washed? Haben Sie das selbst gemacht?«) oder die Selbstsicherheit eines Angeklagten, der vor Gericht zugibt, bei der Vernehmung gelogen zu haben, »weil ich keine Lust hatte, da noch mehrere Tage zu verbringen und mich nur über dieses eine Thema zu unterhalten«. Doch auch wenn Neonazismus in der DDR plötzlich ein Thema war, blieb das zentrale Narrativ, der Faschismus sei ein kapitalistisches Phänomen und damit ein Import aus dem Westen, weiterhin bestehen. So hieß es von Seiten der Verteidigung in einem zweiten Prozess Anfang 1988 gegen acht weitere Angreifer: »Wir leben direkt an der Nahtstelle zwischen dem Kapitalismus und dem sozialistischen Lager und es ist also kein Wunder, wenn also solche kapitalistischen Erscheinungsformen der Jugend, wie wir sie hier erlebt haben, eben auch auf unser Land überschwappen (...).«<sup>3</sup> Doch es gab auch Akteure, die das anders sahen. Als Reaktion auf den Überfall gründeten sich in verschiedenen Städten der DDR im Umfeld der Bürgerrechtsbewegung unabhängige Antifa-Gruppen, die öffentlich auf den erstarkenden Neonazismus in der DDR aufmerksam machten und deswegen unter scharfer Beobachtung des MfS standen. In einem 1989 publizierten Aufsatz in der unabhängigen Zeitschrift plädierte der Autor und

Bürgerrechtler Konrad Weiß statt »überzogener Gegenmaßnahmen« für eine Demokratisierung der DDR. Die Ursachen für den »neuen Faschismus« seien im Autoritarismus der DDR selbst zu suchen.

Das Konzert und der Überfall auf die Zionskirche, der Prozess und die verschiedenen Reaktionen sind Teil unserer Ausstellung »Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945«, die Ende März in der Zionskirche eröffnet wurde. An insgesamt zehn Stationen werden zehn verschiedene Handlungsfelder der extremen Rechten dargestellt, und gesellschaftliche Gegenreaktionen abgebildet. Die Ausstellung arbeitet dabei sowohl mit Illustrationen, als auch mit Fotos, Dokumenten, Periodika oder Flyern. Bei der Konzeption der Stationen konnten wir an mancher Stelle auf unsere eigenen Fotos und Archivalien zurückgreifen. Aber auch Recherchen in anderen Archiven oder Bilddatenbanken förderten einige Dokumente zu Tage, die nun in der Ausstellung zu sehen sind. Fünf Stationen sind mit einem Bildschirm ausgestattet, auf dem sich Videos, O-Töne wie aus dem besagten Gerichtsprozess, unser interaktives Portal Rechtes Land, Redeauszüge von extrem rechten Demonstrationen, die wir dokumentiert haben oder auch Interviews sehen und hören lassen. Für Themenneulinge erläutert ein Glossar an jeder Station zentrale Begriffe.

Die Ausstellung will zum einen die Kontinuitäten der extremen Rechten in der Stadt aufzeigen, zum anderen aber auch auf die gesellschaftlichen Reaktionen eingehen. Seit der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 und den flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen scheint die extreme Rechte in der Bundesrepublik präsent wie nie zuvor. Tatsächlich ist sie jedoch kein neues Phänomen – auch nicht in Berlin. Bereits wenige Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus entstehen deutschlandweit erneut extrem rechte Parteien und Organisationen. Sie vertreten einen radikalen Nationalismus und lehnen die Demokratie ab. In West-Berlin lassen sich diese Aktivitäten schon sehr früh nachvollziehen. In Ost-Berlin setzt in den späten 1980er-Jahren eine öffent-

liche Auseinandersetzung um den erstarkenden Neonazismus ein. In der Zusammenschau aller zehn Stationen wird erkennbar, dass extrem rechte Akteure schon immer versucht haben, gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen und ihre »Feinde« kompromisslos zu bekämpfen: auf dem Wege der außerparlamentarischen und parteipolitischen Organisation, durch eine strategische Besetzung von Räumen, mit Demonstrationen und Aufmärschen, durch Angriffe auf Gedenkort, in den Fußballstadien und immer wieder auch durch Gewalt und Terror. Die Ausstellung soll eine breite Öffentlichkeit daran erinnern, dass extrem rechte Phänomene in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu keiner Zeit eine randständige Erscheinung gewesen sind. Nicht zuletzt ist sie aber auch ein Denkmal für die zahllosen Menschen, die sich nach 1945 in Berlin und andernorts für eine offene und demokratische Gesellschaft eingesetzt haben – und auch in Zukunft immer wieder einsetzen werden. •

<sup>1</sup> Bundesarchiv, DP3/347 <sup>2</sup> Bundesarchiv, DP3/393  
<sup>3</sup> Deutsches Rundfunkarchiv, DRA 2039771

## Ausstellungsorte

### 10. Mai - 14. Juni im Rathaus Neukölln,

Eröffnung am 10. Mai um 18.00 Uhr mit  
Bezirksbürgermeister Martin Hikel  
Karl-Marx-Str. 83, 12043 Berlin

### 24. Mai 2019 Veranstaltung

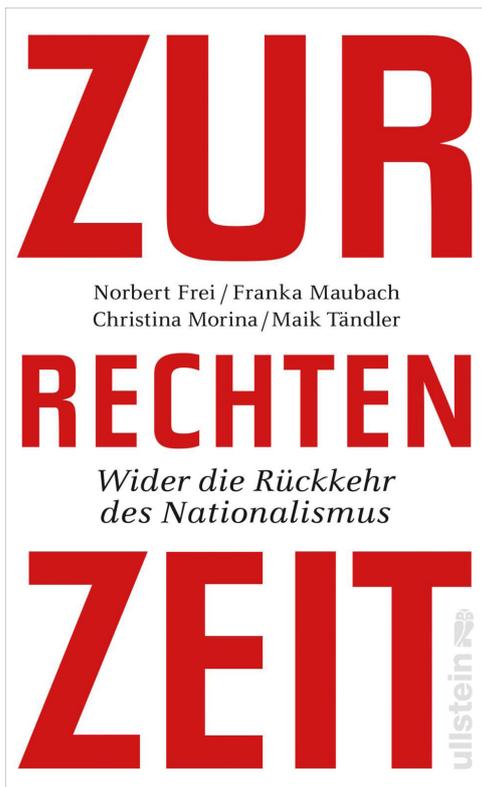
»Erinnern an rechte Gewalt« beim Festival  
Offenes Neukölln, 19.30 Uhr im Prachtwerk  
Berlin, Ganhoferstr. 2, 12043 Berlin

### 18. Juni - 15. Juli im August Bebel Institut, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Der Katalog zur Ausstellung kann für 5 Euro plus Porto bei uns bestellt werden. Auf der Homepage steht außerdem pädagogisches Begleitmaterial für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen ab 15 Jahren zum download bereit.

<https://www.apabiz.de/immer-wieder/>





Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina, Maik Tändler: *Zur Rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Ullstein, Berlin 2019, 20,- Euro

Lange war es in der zeitgeschichtlichen Forschung auffallend still, wenn es um die Analyse zur extremen Rechten nach 1945 ging. Nun wurde offenbar auch hier bemerkt, dass extrem rechte, nationalistische und rassistische Positionen das gesellschaftliche Zusammenleben zerstören. In ihrem Buch »Zur Rechten Zeit: Wider die Rückkehr des Nationalismus«, verbinden die Zeithistoriker\*innen Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler Gesellschaftsanalyse, Gegenwartsdiagnose und historische Einordnung und führen die Leser\*innen durch die deutsch-deutsche Geschichte seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Damit verbunden ist das Ziel zu verstehen, warum heute rassistische und nationalistische Positionen lauter werden und auf Widerhall in der Bevölkerung stoßen.

In acht Kapiteln zeigen die Autor\*innen die Kontinuitäten (extrem) rechter Aktivi-

## Das Nachleben des Nationalsozialismus

von Svenna Berger und Kilian Behrens

täten und Positionen auf: von Schlussstrich-Forderungen Ende der 40er-Jahre, antisemitischen Schmierereien und Schändungen in den 50er-Jahren, den Erfolgen der NPD in den 60ern, dem Erstarren von rassistischer und neonazistischer Gewalt seit den 70ern und 80ern bis hin zum »Vereinigungsrassismus« (wie sie es nennen) der 90er Jahre inklusive Ausschreitungen und Pogromen. Sie zeichnen die Entwicklungen nach, die sich, sowohl in Ost- als auch Westdeutschland, in den Erfolgen der AfD widerspiegeln. Insgesamt liefert das Buch einen guten Überblick über die Geschichte der extremen Rechten nach 1945. Auch das Thema Migration in BRD und DDR, sowie der unterschiedliche Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus in beiden Staaten wird beleuchtet.

Spätestens seit dem Einzug der AfD in den Bundestag 2017 wird ernsthaft über die Sorge vor dem Scheitern der Demokratie diskutiert. Als Mahnung existiert der Vergleich mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten und dem Zusammenbruch der Weimarer Demokratie im Jahr 1933. Die Autor\*innen argumentieren, dass sie den Vergleich aufgrund anderer ökonomisch-sozialer als auch historisch-politischen Rahmenbedingungen für unzutreffend halten. Im für Historiker\*innen leider nicht unüblichen Duktus unterstellen sie Journalist\*innen einerseits einen Hang zur »Alarmstimmung« als auch Kolleg\*innen aus Politik- und Sozialwissenschaft zu einseitig in »situativen Befunden« verhaftet zu sein, während allein die Geschichtswissenschaft eine distanzierte Einordnung des Untersuchungsgegenstandes liefern könne. Mehr Anerkennung der in diesen Feldern bereits seit vielen Jahrzehnten geleisteten Analyse hätte dem Buch durchaus gut getan. Ignorant ist es aber dann, wenn die Autor\*innen meinen, es fehle in der Betrachtung der rechten Mobilisierungen

um 2015 an analytischen Bezügen zu den 1990er Jahren. Dabei wird in der kritischen Rechtsextremismusforschung als auch in diversen antifaschistischen Recherchen immer wieder darauf hingewiesen, dass die rassistischen 90er Jahre sowohl den rechten Terror des NSU ebneten, als auch die Generationen, die heute sowohl auf der Straße als auch in den Parlamenten gegen Geflüchtete und Migrant\*innen hetzen, prägten.

»Zur Rechten Zeit« ist eine Stellungnahme gegen rechte Positionen in Deutschland. Für das Fachpublikum findet sich im Buch wenig Neues, aber für Interessierte bietet das Buch einen sehr guten Überblick und kann als Einstieg ins Thema genutzt werden. Weiterführend wären Analyseansätze zu antifeministischen Positionen interessant gewesen, da die AfD hiermit recht erfolgreich Politik betreibt. Insbesondere die aktuelle Verzahnung von sexistischer und rassistischer Agitation wäre ein paar Zeilen wert gewesen.

Aus Perspektive antifaschistischer Forschung und Recherche zur extremen Rechten finden sich leider einige analytische Ungenauigkeiten und unkritische Begrifflichkeiten, wie etwa »Fremdenfeindlichkeit«. Zu bemängeln ist, dass der Begriff »Antifaschismus« nahezu ausschließlich negativ im Zusammenhang mit der DDR fällt. Eine antifaschistische Tradition in der Bundesrepublik und insgesamt nach 1990 wird nicht benannt. Die DDR-Analyse kommt in der Gewichtung des Buches letztlich immer noch zu kurz und bietet ein Einfallstor für totalitarismustheoretische Vergleiche von Nationalsozialismus und DDR.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die Debatte und das Engagement gegen Rechts durch die zeitgeschichtliche Herangehensweise bestärkt und durch dieses Buch weitere Zugänge für eine breitere gesellschaftliche Auseinandersetzung ermöglicht werden.

## Deutscher Bombenleger in Spanien verhaftet

*Mallorca (Spanien)/ Burglengenfeld* • Ein 28-Jähriger aus dem bayerischen Burglengenfeld wurde Mitte März auf Mallorca verhaftet. Der in der spanischen Presse als Neonazi bezeichnete Michael Leopold S. war von den deutschen Behörden per Haftbefehl gesucht worden. Ihm wird vorgeworfen, im Februar 2019 eine Rohrbombe auf einem Feldweg neben einer Baustelle abgelegt zu haben. Die selbst gebaute und sprengfähige Bombe, die wohl auch Quecksilber enthalten habe, wurde vor der Detonation zufällig gefunden. Unklar ist derzeit, warum zwar die spanischen Behörden davon sprechen, der Verdächtige unterhalte »enge Kontakte zur rechtsradikalen Szene und der sogenannten Reichsbürgerbewegung«, die deutschen Behörden hingegen dazu »keine belastbaren Erkenntnisse« haben wollen. Der Mann wurde Mitte April nach Deutschland ausgeliefert.

## Nazis gründen »Festung Europa«

*Sofia (Bulgarien)* • Am 20. April 2019, dem Geburtstag Adolf Hitlers, gründeten sechs neonazistische Organisationen auf einem Treffen in Sofia, das von der BULGARISCHEN NATIONALUNION (BNS) ausgerichtet wurde, ein Bündnis mit dem Namen »Festung Europa«. Für die deutsche Kleinstpartei DIE RECHTE nahm MATTHIAS DEYDA (Dortmund) an der Konferenz teil. Man wolle zukünftig Kampagnen länderübergreifend koordinieren und den Kontakt intensivieren, hieß es in einem Bericht der Partei. Zudem nahmen

teil: LES NATIONALISTES (Frankreich), LEGION HUNGARY (Ungarn), NATIONALE UND SOZIALE FRONT (NSF) (Tschechien) und SZEURM I ASSAULT (Polen). Weitere sollen angeblich folgen, man wolle bereits im Europawahlkampf »Akzente setzen«, so Deyda, der »Auslandsbeauftragter« und selber Kandidat für das Europaparlament ist.

## Alt-Nazi Fiedler tot

*Alfeld* • Am 3. Februar 2019 starb HANS-MICHAEL FIEDLER (75), ein langjähriger Aktivist der extremen Rechten. Fiedler wurde bereits in den 1960er Jahren als Herausgeber der Zeitschrift missus (1963-1988) bekannt. Als Gründungsmitglied der NPD widmete er sich vor allem dem Einfluss auf Vertriebenen-, Schüler- und Studentenorganisationen. Jahrzehntlang besaß Fiedler durch vielfältige persönliche Kontakte bis hinein in den rechten Rand der Union einen kleinen, aber nicht unbedeutenden Einfluss, den er vergeblich für die Intellektualisierung der extremen Rechten einzusetzen versuchte. Gemeinsam mit JÜRGEN RIEGER und anderen nahm Fiedler an den gewalttätigen Ausschreitungen gegen den Besuch des damaligen Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, am 21. Mai 1970 in Kassel teil. Der Versuch Fiedlers, im sächsischen Meerane eine »Tagungsstätte Mitteldeutschland« aufzubauen, scheiterte endgültig 2014; das Mietshaus mitsamt Bibliothek verfiel, nachdem er wieder nach Niedersachsen gezogen war. Umfangreiche Teile des politischen Wirkens Fiedlers können im apabiz eingesehen werden.

## Alles nur Theater? Broschüre zum Kulturkampf von rechts

*Berlin* • Es ist schon etwas zynisch: Unsere Kolleg\*innen von der MBR Berlin veröffentlichten eine Broschüre mit Handlungsempfehlungen im Umgang mit dem Kulturkampf von rechts, und geraten damit selbst in den Fokus des Feuilletons. Mittlerweile ist eine korrigierte, zweite Auflage erschienen. Ausgangspunkt der Broschüre ist u.a. die Beratungsarbeit, so haben sich Beratungsanfragen an die MBR von Kunst- und Kulturschaffenden gehäuft, wie im Vorwort erläutert wird. Die Broschüre stellt dar, mit welchen Motiven und Techniken rechte Akteure Hegemonie im Kultur-



sektor erlangen wollen. Anhand verschiedener Beispiele, etwa Aktionen der Identitären, Debatten um die Podiumsteilnahme rechter Akteure oder die Diskreditierung von Trägern und Institutionen im parlamentarischen Raum werden kulturpolitische Strategien der Diskursverschiebung von rechts analysiert. In den Handlungsempfehlungen finden sich hilfreiche Hinweise zur Orientierung, nicht nur für Kultureinrichtungen. So wird erläutert, dass es keinen pauschalen Besuchsanspruch für Abgeordnete in staatlich geförderten Einrichtungen gibt. Die Passage, die Ausgangspunkt der teilweise vernichtenden Kritik der Feuilletons gewesen ist, ist in der zweiten Auflage nicht mehr enthalten.

[www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)

magazine

N°4

Juni 2019



Thema:  
Ökologie

coming soon!



• **Tilo Giesbers, Anika Taschke: Rät\*innen gegen Rechts – Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2019.**

Nach den kommenden Kommunalwahlen ist zu erwarten, dass zahlreiche Vertreter\*innen von (extrem) rechten Parteien und Wahlvereinigungen in den kommunalen Strukturen vertreten sein werden. Das praxisnahe Buch der Rosa-Luxemburg-Stiftung versucht für künftige Auseinandersetzungen mit rechten Politikgehalten das notwendige Rüstzeug zu liefern. Den Schwerpunkt bildet hierbei die Darstellung von über 30 »Thematischen Aktionsfelder[n] rechter Akteur\*innen« mit einer starken kommunalen Komponente wie Bildungspolitik, Natur- und Umweltschutz oder Sozialpolitik. Dem zur Seite stellen die Autor\*innen dankenswerter Weise mögliche Handlungsstrategien im zukünftigen Umgang mit rechten Akteur\*innen. (ps)

• **Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU): Rechtsextremismus Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven, Mandelbaum Verlag, Berlin 2019.**

Die Wiener Forschungsgruppe FIPU, die sich in der heutigen Rechtsextremismusforschung sowieso dadurch auszeichnet, erfreulich geschlechterreflektierend zu analysieren, hat einen neuen Band herausgegeben, der sich ausschließlich um ‚gender‘ und Rechtsextremismus dreht. Die zehn Beiträge reichen von einem Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand in Österreich, über eine geschlechterpolitische Verortung der FPÖ über die Betrachtung von Trans\*personen und Trans\*feindlichkeit bis hin zu theoretischeren Artikeln mit Analysen und Überlegungen, die weit über das Land hinaus reichen. Dazu gehören u.a. die Betrachtung von Interfeindlichkeit, die Bedeutung von unterschiedlichen Männlichkeitskonstruktionen innerhalb der extremen Rechten oder die Frage, inwieweit der ‚Anti-Gender‘-Diskurs als ‚kultureller Code‘ eine Scharnierfunktion zwischen verschiedenen Akteur\*innen bildet. Und auch wenn sich ein letzter Beitrag kritisch-solidarisch mit den Protesten gegen »Lebensschützer« wieder nur mit Österreich beschäftigt, so ist er bestimmt - wie das ganze Buch - auch für ein deutsches Publikum interessant und das nicht nur für diejenigen, die in Berlin oder Annaberg-Buchholz demonstrieren gehen. (es)

• **Benjamin-Immanuel Hoff, Heike Kleffner, Maximilian Pichl, Martina Renner (Hrsg.): Rückhaltlose Aufklärung? NSU, NSA, BND – Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse zwischen Staatsversagen und Staatswohl, VSA, Hamburg 2019.**

Die Herausgeber\*innen wollen die Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischer Untersuchungsausschüsse und deren gesetzliche Rahmenbedingungen beleuchten. Zu klären sei, ob und inwieweit eine Kontrolle von Geheimdiensten und die Aufklärung von Verbrechen mit dem »schärfsten Schwert« des Parlaments überhaupt möglich ist. Hierfür konnte ein breites Spektrum an Autor\*innen gewonnen werden, die sowohl die Außenperspektive von Jurist\*innen und Journalist\*innen, etwa von NSU-Watch, als auch die Innenansicht der Parlamentarier\*innen wiedergeben. Aus den einzelnen Beiträgen geht hervor, dass das Versprechen einer rückhaltlosen Aufklärung zu den jüngsten Ereignissen – zum NSU-Komplex, zum NSA-Skandal und dem Anschlag am Breitscheidplatz – von den Untersuchungsausschüssen nicht eingehalten wurde. Die Ursachen hierfür werden jedoch jeweils unterschiedlich verortet und gewichtet. Das Buch gibt einen guten Überblick über die Probleme, Erfolge und das Potenzial von Untersuchungsausschüssen und regt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik an. (jk)

• **Gideon Botsch, Jan Raabe, Christoph Schulze (Hrsg.): Rechtsrock – Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, be.bra wissenschaft verlag, Berlin 2019.**

Rechte Musik ist seit Jahrzehnten nicht nur Bestandteil zahlreicher rechter Biographien, sondern erfreut sich als neonazistisches Aktionsfeld auch weiterhin großer Beliebtheit. Der neue Sammelband beleuchtet das vielschichtige Thema mit einem Regionalschwerpunkt, jedoch ohne die bundesweite Perspektive zu verlieren. Nach einem ausführlichen Einstieg zu »Rechtsrock in Deutschland« werden Netzwerke wie BLOOD & HONOUR genauso untersucht wie die »V-Mann-Problematik«, aber auch zivilgesellschaftliche Interventionen gegen Rechtsrock in der Kleinstadt Finowfurt. Dieser erste Band ist ein gelungener Auftakt der neuen Reihe »Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung«. (ps)

## Fördermitglied werden

Wer Fördermitglied des apabiz wird, bekommt mindestens 4 mal jährlich unseren Rundbrief monitor kostenlos zugeschickt.

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro), dafür erhaltet Ihr den monitor und ab und an weitere Broschüren, könnt euch Bücher ausleihen und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

Um Fördermitglied zu werden, genügt eine Mail.

## Unser Info-Paket

Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz kommen möchten, gibt es unser Infopaket:

- 5 Exemplare des monitor (4 Ausgaben jährlich)
- ein Exemplar aller neuen Publikationen des apabiz (Broschüren, Dossiers etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

für 75 Euro im Jahr!

Wer darüber hinaus noch mehr Ausgaben des monitor zum Auslegen benötigt, kann diese gegen Porto kostenfrei nachbestellen.

### monitor - rundbrief des apabiz

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.  
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach absprache  
v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf\*innen

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00

bank für sozialwirtschaft

☎ 0 30 . 6 11 62 49 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de